|  |  |
| --- | --- |
| Antrag: |  |
|  |  |
| Antragsteller: | Julia Weige |
|  |  |
| Adressat:  | Delegierte des außerordentlichen Bundesparteitags am 21.01. aus Kassel |
|  |  |
| Betr.:  | #KevinKühnertkönntekotzen - NoGroKo |

Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

Wir bleiben dabei: Die Absage der SPD an eine Fortsetzung der Großen Koalition war zwingend und richtig. Der Bundesparteitag hat sich für ergebnisoffene Gespräche für eine Regierungsbildung ausgesprochen. Die beschlossenen inhaltlichen Leitlinien stellen für uns Mindeststandards dar, die keinesfalls unterschritten werden dürfen.

Eine erneute Große Koalition ist für uns dabei nach wie vor kein denkbares Ergebnis der Gespräche. Unsere Ablehnung erwächst dabei nicht aus einer Verweigerungshaltung. Diese Ablehnung hat klare politische und inhaltliche Gründe, die auf unseren Grundüberzeugungen und den Erfahrungen mit der Union basieren. Wir appellieren an alle Delegierten zum Bundesparteitag auf, folgende Punkte bei ihrer Abstimmung zu berücksichtigen:

* Die Große Koalition wurde am 24. September abgewählt. Mit einem gemeinsamen Minus von 13,7 Prozentpunkten ist deutlich: Die Große Koalition der kleinen Kompromisse trifft nicht mehr auf Zustimmung!
* Die fehlende Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern hat zum Erstarken der Rechtspopulist\*innen in Deutschland beigetragen. Die Demokratie lebt von der Auseinandersetzung der politischen Lager – und diese Auseinandersetzung findet in einer Großen Koalition kaum noch statt. Die Auswirkungen davon lassen sich auch in anderen europäischen Ländern beobachten.
* In einer Demokratie übernimmt man nicht nur in der Regierung Verantwortung. In Zeiten, in denen die AfD mit knapp 13 Prozent im Bundestag sitzt, wäre es verantwortungslos, dieser Partei die Oppositionsführung zu überlassen. Die SPD muss verhindern, dass Gauland und Co diese Rolle übernehmen.
* In den letzten Jahren wurde deutlich, dass in Großen Koalitionen zwar kleine Fortschritte, aber keine wegweisenden Entscheidungen getroffen werden. Bei der Umverteilung der Vermögen, Investitionen in die Zukunft unserer Generation, der Bekämpfung der Kinderarmut, der Weiterentwicklung der europäischen Integration und vielen weiteren Projekten haben wir aber dringenden Handlungsbedarf.
* Während die SPD sich an den Koalitionsvertrag gehalten hat, haben wir massive Vertrauensbrüche durch die Union erlebt. Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit wurde von der Union blockiert, obwohl es im Koalitionsvertrag stand. Und auch aktuell bei der Glyphosat-Entscheidung ist zu erleben, dass CDU/CSU nur auf eigene Rechnung arbeiten. Die Union ist keine verlässliche Partnerin, sie hält sich nicht an Zusagen!
* Der Preis für ein Umkippen in der Koalitionsfrage wäre erneut ein herber Glaubwürdigkeitsverlust für die SPD. Wir müssen wieder den Mut haben, an unseren Überzeugungen und Grundwerten festzuhalten!
* Die SPD muss sich in den nächsten Monaten und Jahren auch mit ihrer eigenen Erneuerung beschäftigen. Es braucht Zeit und Kraft für eine ernsthafte inhaltliche, organisatorische und personelle Neuaufstellung. Beides werden wir nicht haben, wenn wir uns Hals über Kopf in die nächste Regierungsepisode stürzen. Die Neuaufstellung einer inhaltlich klaren und glaubwürdigen Sozialdemokratie ist jetzt wichtiger als vier Jahre Große Koalition – auch für unsere Wählerinnen und Wähler.

Unsere Gesellschaft ist im Wandel und viele Menschen sind davon verunsichert. Als Sozialdemokratie stehen wir in der Verantwortung, darauf zukunftsweisende Antworten zu finden. Unsere Zeit braucht grundlegende Antworten – in einer großen Koalition können wir diese nicht finden.

Das zeigen auch die aktuellen Ergebnisse der Sondierungsgespräche. Keine der großen Themen, die die Gesellschaft verändern und umtreiben werden in angemessener Art und Weise behandelt. Viel mehr verliert man sich viel zu oft im Kleinklein. Es werden vielfach nur kosmetische Änderungen am Status Quo vorgenommen, wie sich an der Rückkehr zu der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung zeigt. Dafür wird von uns Sozialdemokrat\*innen Entgegenkommen in Themen gefordert, die K.O. Kriterien darstellen sollten. Hier sind als Beispiele die Themen Obergrenze, die Ankerlager in der auch unbegleitete minderjährige Geflüchtete untergebracht werden sollen, oder der stark reglementierte Familiennachzug in der Flüchtlingspolitik zu nennen. Aber auch in anderen Themenbereichen wie Umwelt und Steuern werden der SPD viele Zugeständnisse abverlangt. Wenn bereits die faktische Abschaffung des Kooperationsverbotes oder die Reduzierung des Einsatzes von Glyphosat als Erfolge in dem Papier verkauft werden, ist das kein gutes Zeichen für eine Koalition. Des Weiteren stehen in dem Papier wieder Forderungen, wie das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, die schon vor vier Jahren im Koalitionsvertrag festgehalten wurden und dennoch mit der Union nicht umgesetzt werden konnten. Das zeigt wie zuverlässig Koalitionsverträge von der Union eingehalten werden.

Kevin Kühnert fasst sehr treffend eine Warnung: „Beim Blinddarm wie auch in Sondierungsgesprächen: Obacht bei Durchbrüchen“. Eine GroKo auf Grundlage dieses Sondierungspapiers verringert nicht die soziale Ungleichheit in Deutschland, sie wird viel mehr den Rechtspopulist\*innen in die Hände spielen. Hier lassen sich nicht die groß angekündigten Aufbrüche sondern ein „weiterso“ finden. Wir müssen große angelegte sozialdemokratische Ideen für eine gerechte und zukunftsweisende Gesellschaft aufstellen. Wir brauchen eine inhaltliche, organisatorische und personelle Neuaufstellung der SPD. In diesem Ergebnis werden hingegen noch die vereinbarten Leitlinien des letzten Bundesparteitages im Dezember 2017 weit unterschritten.

Wer aus Gründen der kurzfristigen Stabilität den Weg in eine Große Koalition ebnet, setzt mittelfristig die eigene politische Existenz aufs Spiel. Das ist nicht hinnehmbar. Für uns gilt deshalb weiterhin: #NoGroKo!

**Begründung:**

X angenommen

🞎 abgelehnt

🞎 überwiesen an